



Plenarprotokoll

5. Sitzung

Donnerstag, 26. Januar 2017

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	235	Regierender Bürgermeister Michael Müller	252
1 Aktuelle Stunde	235	Oliver Friederici (CDU)	252
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Regierender Bürgermeister Michael Müller	253
„Senat handelt bei der Flüchtlingsunterbringung“	235	Daniel Buchholz (SPD)	253
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)		Regierender Bürgermeister Michael Müller	253
Katina Schubert (LINKE)	235	Mieterhöhungen der städtischen Wohnungsgesellschaften in Schöneberg-Nord	253
Cornelia Seibeld (CDU)	237	Harald Gindra (LINKE)	253
Ulker Radziwill (SPD)	240	Senatorin Katrin Lompscher	254
Andreas Wild (AfD)	242	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	254
Canan Bayram (GRÜNE)	244	Senatorin Katrin Lompscher	254
Paul Fresdorf (FDP)	245	Daniel Buchholz (SPD)	254
Senatorin Elke Breitenbach	247	Senatorin Katrin Lompscher	254
2 Fragestunde	250	Verkehrssicherheit von Schülerlotsen	254
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Harald Moritz (GRÜNE)	254
Beschäftigungsbedingungen für Berliner Erzieher und Erzieherinnen und Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen ..	251	Senatorin Regine Günther	254
Melanie Kühnemann (SPD)	251	Harald Moritz (GRÜNE)	255
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	251	Senatorin Regine Günther	255
Dr. Maja Lasić (SPD)	251	Regina Kittler (LINKE)	255
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	251	Senatorin Regine Günther	255
Regina Kittler (LINKE)	252	Eröffnungstermin BER	256
Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen	252	Frank-Christian Hansel (AfD)	256
Verschobene Eröffnung BER	252	Regierender Bürgermeister Michael Müller	256
Oliver Friederici (CDU)	252	Frank-Christian Hansel (AfD)	256
		Regierender Bürgermeister Michael Müller	256
		Heiko Melzer (CDU)	256
		Regierender Bürgermeister Michael Müller	256

3.3	Priorität der AfD-Fraktion	277	<u>hierzu:</u>	
18	Senkung der Grunderwerbsteuer für selbst genutztes Wohneigentum	277	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
	Antrag der AfD-Fraktion		Drucksache 18/0067	
	<u>hierzu:</u>		Torsten Hofer (SPD)	292
	Änderungsantrag der Fraktion der FDP		Christian Goiny (CDU)	293
	Drucksache 18/0067-1 Neu		Steffen Zillich (LINKE)	294
	Dr. Kristin Brinker (AfD)	277	Dr. Kristin Brinker (AfD)	294
	Franziska Becker (SPD)	278	Anja Schillhaneck (GRÜNE)	295
	Sebastian Czaja (FDP)	280	Sibylle Meister (FDP)	297
	Claudio Jupe (CDU)	281	Ergebnis	297
	Katalin Gennburg (LINKE)	282	3.6	Priorität der Fraktion der CDU
	Sibylle Meister (FDP)	283		297
	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	284		Aufsichtsrat der FBB qualifizieren – endlich externen Sachverstand stärken!
	Ergebnis	285		297
3.4	Priorität der Fraktion der FDP	285		Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU
27	Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Der Anschlag vom 19.12.2016 am Breitscheidplatz. Vorgeschichte, Abläufe und Folgerungen für das Land Berlin“	285		Drucksache 18/0107
	Antrag der Fraktion der FDP			Stefan Evers (CDU)
	Drucksache 18/0097			297
	<u>hierzu:</u>			Zitieren von Senatsmitgliedern (Regierender Bürgermeister Michael Müller)
	Änderungsantrag der Fraktion der FDP			297
	Drucksache 18/0097-1			Stefan Evers (CDU)
	Sebastian Czaja (FDP)	285		297
	Torsten Schneider (SPD)	286		Jörg Stroedter (SPD)
	Burkard Dregger (CDU)	287		299
	Hakan Taş (LINKE)	288		Heiko Melzer (CDU)
	Karsten Woldeit (AfD)	288		299
	Benedikt Lux (GRÜNE)	289		Jörg Stroedter (SPD)
	Sebastian Czaja (FDP)	291		300
	Benedikt Lux (GRÜNE)	291		Stefan Evers (CDU)
	Ergebnis	291		301
3.5	Priorität der Fraktion der SPD	292		Frank-Christian Hansel (AfD)
4	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt	292		301
	Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 18. Januar 2017			Carsten Schatz (LINKE)
	Drucksache 18/0101			302
	zur Vorlage – zur Beschlussfassung –			Sebastian Czaja (FDP)
	Drucksache 18/0056			303
	Zweite Lesung			Harald Moritz (GRÜNE)
				304
				Ergebnis
				305
5	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates – geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates – über die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Laufbahnrecht	305		
	Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 18. Januar 2017			
	Drucksache 18/0102			
	zur Vorlage – zur Beschlussfassung –			
	Drucksache 18/0074			
	Zweite Lesung			
	Ergebnis	305		
6	Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	305		
	Antrag der Fraktion der CDU			
	Drucksache 18/0093			

(Sebastian Czaja)

weil wir der Auffassung sind, dass 38 Tage, die jetzt vergangen sind, auch der richtige Zeitraum sind, um die Themen, die schiefgelaufen sind, ganz pragmatisch und lösungsorientiert, ohne Schaum vor dem Mund aufzuarbeiten.

Es sind einfach zu viele Fragen offen, die in Nordrhein-Westfalen derzeit dafür genutzt werden, um Wahlkampf zu machen, die in unserem Land dazu genutzt werden, um in Vorbereitung der Bundestagswahl Wahlkampf zu machen. Wir in Berlin – ich will es gar nicht aussprechen; gestatten Sie mir diesen kleinen Seitenhieb – sind die nächsten fünf Jahre weit davon entfernt, Wahlkampf machen zu müssen, und können uns deshalb erlauben, eine Debatte zu führen, die die Fakten in den Mittelpunkt rückt und die vor allen Dingen dazu beiträgt, das mit einer gewissen Ruhe und Kontinuität zu machen, fernab der hier im Haus bereits etablierten Ausschüsse wie Innen- oder Rechtsausschuss.

Es geht darum, Antworten auf Fragen zu finden, wie sie zum Beispiel die „Süddeutsche“ am gestrigen Tag aufwirft, wieso die Fahndung durch das Berliner LKA verzögert wurde. Es geht darum, Fragen zu stellen und auch darauf Antworten zu finden, ob es ein Organisationsversagen gab, und wenn ja, an welcher Stelle. Ob der Ruf des Innenministers, zu zentralisieren, der richtige ist oder lieber nicht zu zentralisieren und das eine oder andere auf Landesebene zu stärken. Es geht darum, Fragen zu stellen und Antworten zu finden, die herausarbeiten, was gerade in der Hauptstadt Berlin besser gemacht werden kann, um die Sicherheit in Zukunft zu garantieren bzw. die Freiheit sicherer zu machen und dazu beizutragen, dass das leichte Leben in dieser Stadt auch von jedem so gelebt werden kann.

Die Erwartungen an uns alle hier im Haus sind groß. Sie sind groß über Parteigrenzen hinweg, denn es ist unsere Aufgabe, unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit jetzt den Berlinerinnen und Berlinern Antworten zu geben. Es ist unsere Aufgabe, auch den Familien der Opfer Antworten zu geben: Was ist schiefgelaufen, und was kann besser gemacht werden? – Es ist unsere Aufgabe, und da bitte ich insbesondere auch die CDU, die Tagesordnung, um die es tatsächlich geht, in den Mittelpunkt zu rücken. Es geht nicht darum, irgendwelche Schuldzuweisungen an den ehemaligen Innensenator zu machen. Deshalb wollen wir diesen Untersuchungsausschuss nicht. Wir wollen ihn tatsächlich, um Probleme aufzuarbeiten. Es geht auch nicht darum, jetzt eine Frage in den Mittelpunkt zu rücken – und da gucke ich noch mal zur SPD –, wer am Ende des Tages den Vorsitz in diesem Untersuchungsausschuss hat – das ist für uns eine zweit-rangige Rolle –, sondern es geht darum, dass es einen Ausschuss in diesem Haus gibt, der sachlich und kollegial daran arbeitet, die Sicherheit in dieser Stadt zu verbessern und dazu beizutragen, das fernab der Tagesordnung

und fernab der Themen, die Berlin darüber hinaus bewegen, mit Kontinuität und Sachlichkeit zu machen.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Das macht der Innenausschuss!]

– Herr Lux! Das kann der Innenausschuss nicht leisten, das wissen Sie auch.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Kommen Sie doch mal vorbei!]

Deswegen fordern insbesondere auch die Grünen auf Bundesebene, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Auf Bundesebene!]

Da gehört er eben nicht hin. Sie wollen damit Wahlkampf machen. Wir wollen den Berlinerinnen und Berlinern Antworten geben, die sie dringend brauchen.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Schneider das Wort. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dazu eine grundsätzliche Haltung unter mehreren Aspekten. Erstens sind wir uns einig – die SPD-Fraktion und, ich glaube, alle im Haus –, dass wir es den besonderen Umständen der inkriminierten Tat, des abscheulichen Verbrechens und den Opfern und ihren Angehörigen schuldig sind, als Politik Fragen zu stellen und Fragen zu beantworten, wenn welche im Raum stehen. Ich glaube, insoweit haben wir hier einen Grundkonsens.

Zweitens – und das ist eine abstrakte Ebene – schätzen wir die Minderheitenrechte der Opposition, die ein besonderes, verkürztes Quorum hat, als sehr wichtig für Parlamentarismus und als sehr hoch ein.

[Beifall bei der SPD und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Drittens will ich noch mal an die Debatte von vorhin erinnern; das ist nämlich von den ersten beiden Punkten unberührt: Wenn heute in diesem Raum etwas auffällig ist, was in Ansehung der Wichtigkeit dieses Oppositionsrechts unabgestimmt ist, dann wirft das solitäre Auftreten und Vorpreschen der FDP die Frage auf: Wie steht eigentlich diese Opposition eingedenk der Tatsache, worüber wir hier reden? – Überhaupt nicht einig, nach meinem Eindruck! – Sie haben immerhin Ihren Antrag inzwischen einlassungsfähig qualifiziert. Die Geschäftsführer haben Ihnen unisono gesagt, dass Sie riskieren, ihn

(Torsten Schneider)

allein schon wegen der fehlenden Einlassungsfähigkeit hier nicht durchzubekommen.

Eingedenk der Tatsache, über was wir hier reden, nehmen wir zur Kenntnis, dass sowohl in Nordrhein-Westfalen mit dem Instrument eines Sonderermittlers als auch jetzt im Deutschen Bundestag mit dem Instrument einer Taskforce der Gedanke der Aufarbeitung, des Fragenstellens und der Ableitung der richtigen Antworten für unsere Sicherheitsarchitektur Platz greift.

Wir haben uns als SPD noch kein abschließendes Bild gemacht, keine abschließende Entscheidung getroffen, wie wir uns zu der Frage, die die FDP bisher alleine gestellt hat, nämlich der Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Land Berlin, verhalten werden. Klar ist, und das ist eine abstrakte Klarheit: Wir werden nicht gegen eine Einrichtung eines Untersuchungsausschusses als Instrument der Opposition stimmen. Das täten wir schon allein aus dieser Parlamentslogik heraus nicht. Aber klar ist eben auch, und jedem ist das bewusst, dass Sie zusammen mit der AfD 37 Stimmen haben und es jetzt völlig abschließend auf die Frage ankommt, welchen Aufklärungswillen die CDU-Fraktion hier hat in Abgrenzung zu ihrem Anspruch, Oppositionsführer zu sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dregger das Wort. – Bitte schön!

[Canan Bayram (GRÜNE): Jetzt, Herr Dregger, sagen Sie mal: Wollen Sie, oder wollen Sie nicht?]

Burkard Dregger (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Land ist vom Terror heimgesucht worden, und es ist richtig: Wir haben die Verantwortung, das Notwendige zu tun, damit sich Derartiges nicht wiederholt. Und diese Verantwortung besteht aus mehreren Säulen. Sie besteht daraus, dass wir unsere Sicherheitskräfte entsprechend ausstatten müssen, damit sie in der Lage sind, Gefahren abzuwehren. Dazu gibt es drei Komponenten: Es gibt die personelle Komponente, das heißt, die personelle Ausstattung der Sicherheitskräfte, es gibt die materielle Komponente, das ist die materielle Ausstattung der Sicherheitskräfte, und es gibt die gesetzliche Ermächtigung der Sicherheitskräfte, was sie tun dürfen, um Gefahren abzuwehren. Das sind Themen, die wir ernsthaft debattieren müssen, auch im Hinblick auf den Terroranschlag am Breitscheidplatz; denn wenn wir als gewählte Vertreter unseres Landes unserer Verantwortung nicht gerecht werden, die Sicherheit zu gewährleisten – jeden-

falls bestmöglich zu gewährleisten –, dann werden wir das Vertrauen der Menschen in unserem demokratischen, freiheitlichen Rechtsstaat verlieren. Deswegen ist es ungeheuer wichtig, dass wir die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, um das zu gewährleisten.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu: Dazu gehört auch, dass wir unseren Sicherheitskräften den Rückhalt geben und den Rücken stärken, dass wir uns dann, wenn sie angegriffen werden, auch aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus vor sie stellen. Und das ist etwas, was wir als Parlament auch gemeinsam machen müssen.

Und dann – das ist richtig; darauf hat die FDP-Fraktion völlig zu Recht hingewiesen – kommt es auch darauf an, dass wir die Vorgänge im Vorfeld des Terroranschlags, den unmittelbaren Ablauf und auch die daraus zu ziehenden Konsequenzen prüfen und uns damit befassen müssen.

Ich kann Ihnen sagen, dass das ein Anliegen ist, das wir als CDU-Fraktion auf jeden Fall unterstützen. Wir haben bereits damit begonnen. Der Innenausschuss hat sich in seinen bisherigen Tagungen mit nichts anderem beschäftigt. Und ich darf auch dem Herrn Innensenator konzedieren, dass der Informationsfluss seitens der Senatsinnenverwaltung sehr positiv und funktionsfähig gewesen ist. Wir sind sehr gut auf unsere Fragen informiert worden, und es sind auch von keinerlei Fraktionen bisher Fragen offen geblieben. Dennoch ist auch richtig: Es sind noch nicht alle Fragen gestellt worden, es liegen auch noch gar nicht alle Ermittlungsergebnisse vor, sodass es darauf ankommen wird, diesen Prozess fortzuführen.

Unsere Position ist bisher gewesen, bis Sie Ihren Antrag vor zwei Tagen präzisiert haben, dass der Antrag nicht statthaft ist, weil er keinen klaren Untersuchungsauftrag enthielt. Das haben Sie nachgebessert. Das ist anzuerkennen, das ist in Ordnung. Und wir werden jetzt zu prüfen haben, auch in den Ausschüssen, die sich mit Antrag zu beschäftigen haben, ob und inwieweit dieser Antrag zustimmungsfähig ist.

Dazu ist für mich auch wichtig, inwieweit die Informationspolitik des Senates so bleibt, wie sie ist. Sollte ich das Gefühl haben, dass die Informationen nicht gut fließen, dann steht für mich ganz fest – jedenfalls wäre es meine Empfehlung –, dass dann ein Untersuchungsausschuss notwendig wird. Wenn die Informationen weiterhin gut fließen, kann ich mir auch etwas anderes vorstellen. Da sind wir noch offen. Wir werden das weiter beobachten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]